

11. Geschichte einer Komplexitätsreduktion Wissenschaftstransformation in Ostdeutschland 1990ff.

Peer Pasternack

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau ab 1990 hatte sich – im Rahmen einer vollendenden Modernisierung Ostdeutschlands – als ein Anpassungsprozess an das normsetzende und strukturtransferierende westdeutsche Wissenschaftssystem vollzogen. Der Vorgang wurde umgesetzt unter Bedingungen eines unangemessenen Zeitrahmens, defizitärer Kapazitäten der Transformationsbewältigung seitens des politischen Systems sowie rigider Sparzwänge. Er war gekennzeichnet durch Schwächen der Problemdefinition, in ihrem Anspruchsniveau stark differierende Zielsetzungen, Delegitimierungsanstrengungen hinsichtlich der ostdeutschen Ausgangsstruktur, asymmetrische Organisiertheit der konfligierenden Interessen und dadurch dominierenden Einfluss klientelistischer Interessenkartelle.⁸⁴ Periodisieren lässt sich der ostdeutsche Wissenschaftsumbau 1989ff. in zwei Phasen:

- Die erste kann als eine *romantische Phase des Aufbruchs* gekennzeichnet werden. Sie ist zeitlich grob auf das letzte Jahr der DDR – 1989/90 – zu datieren. Im Verhältnis zu Politik und Gesellschaft dominierte hier noch die endogene Entwicklung – einschließlich endogen verursachter Stillstands- und Blockademomente.
- Die zweite Phase des Wissenschaftsumbaus war jene der *strukturierten Umgestaltung der Hochschulen*. Sie war durch eine erhebliche Pragmatisierung der Ansprüche und des Handelns der Akteure gekennzeichnet. Im Verhältnis zu Politik und Gesellschaft dominierte hier die exogene Steuerung bei vornehmlich endogener Programmumsetzung. Zeitlich eingrenzen lässt sich die Phase der strukturierten Umgestaltung auf die Jahre 1991 bis 1995.

Das paradigmatische Muster für die Umgestaltungsvorgänge hatten die Abwicklungen an den Hochschulen 1990/91 abgegeben. Diese wiederum bauten auf einer Vorgeschichte auf, nämlich dem Verhalten der Institutionen seit dem Herbst 1989. Die Hochschulen und Forschungsinstitute in der DDR waren kein Ort flächendeckender revolutionärer Aufbrüche gewesen. Das muss zunächst nicht verwundern, da es keine sozialmilieubestimmte Gruppe gab, die Trägerin der überraschenden Vorgänge des Herbstes 1989 war. Immerhin aber wurde dann, als das alte Parteiregime gestürzt war, die Notwendigkeit eines Umbaus auch der Wissenschaft im Grundsatz von niemandem streitig gestellt.

Das gilt auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher Bestrebung insbesondere an den Hochschulen als restaurativer. Denn war die Neustrukturierung innerhalb der Einrichtungen im Grundsatz auch nicht strittig, so musste doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit.

Die politischen Instanzen sahen vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen der ostdeutschen Wissenschaft. An diesem Punkt setzten um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an.

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau wurde umgesetzt unter Bedingungen eines unangemessenen Zeitrahmens, defizitärer Kapazitäten der Transformationsbewältigung seitens des politischen Systems sowie rigider Sparzwänge

⁸⁴ Peer Pasternack: „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989 - 1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin. Beltz – Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999; ders.: Hochschultransformationsforschung, in: Reinhard Kreckel / Peer Pasternack (Hg.), 10 Jahre HoF (=die hochschule 1/2007), Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2007, S. 49-57

Sie betrafen die Hochschulen und dort vorrangig Institute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden gewesen waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw. Abwicklung bedeutete die Schließung der Einrichtungen und Versetzung ihrer Mitarbeiter/innen in einer Warteschleife; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Problematisch daran war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein *Kollektivmerkmal*, entschied über die *individuelle* berufliche Existenz. Die Protagonisten dieses Vorgehens hingegen argumentierten jakobinisch: Die Abwicklungen seien ein Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitige.

In den Abwicklungen kreuzten sich die drei Dimensionen, innerhalb derer der ostdeutsche Wissenschaftsumbau stattfand: die strukturelle, personelle und die inhaltliche Dimension. Die inhaltlichen Veränderungen wurden politisch an die strukturellen und personellen gekoppelt. Neben der strukturellen Anpassung der ostdeutschen an die westdeutsche Wissenschaft und der inhaltlichen Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs war es dabei vor allem der Personalumbau, der den Gesamtvorgang kennzeichnete. Dieser bestand aus zwei Elementen: der Personalstruktur-Neugestaltung und der Personalüberprüfung.



Die Ambivalenzen dieser beiden Vorgänge ergaben sich in Folge zweier Umstände, die aus politischen, nicht zuletzt Wählerentscheidungen resultierten: Der politische Systemwechsel in Ostdeutschland musste zwar in einer Geschwindigkeit durchgeführt werden, in der ein solcher üblicherweise nur durch gewalttätige Revolutionen gelingen kann. Zugleich aber konnte nicht auf das Arsenal gewalttätiger revolutionärer Instrumente zurückgegriffen werden. Kurz: In revolutionärer Geschwindigkeit war ein evolutionärer Wandel umzusetzen. Dies mündete in Kompromisse zwischen Unverträglichkeiten, mit denen auch die Ambivalenz des Wandels programmiert war: Aus dem Charakter des Systemwechsels als eines grundstürzenden Vorgangs konnten einerseits revolutionäre Forderungen – etwa: radikaler Elitenwechsel – abgeleitet werden. Dem stand andererseits das Gebot legalen Handelns, also die Forderung nach Rechtsbindung jeglicher Prozesselemente, gegenüber.

Die Personalüberprüfungen übernahmen Personalkommissionen. Mit diesen war das – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – Primärintstrument eines personellen Wandels installiert worden. Der Form nach

vermittelte dieses Instrument nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheiten mit dem Ziel, Sozialprognosen über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden. Auf Grundlage der von den Kommissionen gewonnenen Erkenntnisse stellten die zuständigen Wissenschaftsminister/innen die Un-/Zumutbarkeit der einzelnen Personen fest.

Der Personalstellenabbau betraf sowohl Hochschulen als auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Hinsichtlich der Größenordnungen ergibt eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:

- ca. 60 Prozent an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotenzials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),

- ca. 60 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 Prozent waren dann in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten sowie Großforschungseinrichtungen tätig),
- ca. 85 Prozent in der Industrieforschung.

Hinsichtlich der dann entstandenen quantitativen Ost-West-Verteilungen innerhalb des akademischen Personals ist differenzierend auf erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fächergruppen hinzuweisen:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen waren.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften.

Das relative Übergewicht westdeutscher Berufungen muss grundsätzlich weder verwundern, noch muss sich dahinter ein prinzipielles Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildet nur 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Zudem hätte man es wohl insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden.

Als problematisch indes erwiesen sich Konkurrenzsituationen, in denen Ost- und Westdeutsche aufeinander stießen: Den in der DDR-Wissenschaft sozialisierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mangelte es oft an Netzwerkeinbindung und habitueller Passfähigkeit. Daraus resultierten eingeschränkte Chancen des Verbleibs oder der Neuintegration in den akademischen Betrieb, die häufig sachlich nicht gerechtfertigt waren und subjektiv in jedem Falle als sachlich ungerechtfertigt wahrgenommen wurden.⁸⁵ Hier wirkte dann eine Vielzahl von Zufällen karriereentscheidend, d.h. häufig auch karriereabbrechend. Diese weit über das normale Maß hinausgehende Rolle von Zufällen führte auch bei der mittleren Ost-Wissenschaftlergeneration zu der verbreiteten Wahrnehmung, dass die Chancen herkunftsspezifisch unterschiedlich verteilt seien. Im Ganzen war das ursprünglich tätige wissenschaftliche Personal dann stark dezimiert sowie deutlich vermännlicht und verwestlicht worden.⁸⁶

Die strukturell wesentlichen positiven Elemente der Neuordnung der ostdeutschen Hochschullandschaft hingegen waren zweierlei:

- zum einen die Herstellung des freien Studienzugangs – eine befreiende Erfahrung nach 40 Jahren rigider Zulassungspolitik auf der Grundlage permanent unzutreffender Bedarfsprognosen⁸⁷ und einer Auslese, die sich an politischen Kriterien wie (bis in die siebziger Jahre) sozialer Schichtzugehörigkeit orientierte;
- zum anderen die Neugründung zahlreicher Hochschulen in der Fläche und die Wiederbelebung vieler Fächer, die im Zuge planwirtschaftlicher Konzentrationsanstrengungen nur noch an einzelnen Standorten vertreten waren. Hierdurch gab es nunmehr ein weitgehend flächendeckendes Angebot sämtlicher Fächer. Dies erleichterte nicht nur Studienentscheidungen, sondern brachte auch regionale Effekte.

Im außeruniversitären Bereich waren die wesentlichen strukturellen Ergebnisse, dass eine angemessene Ausstattung der ostdeutschen Regionen mit Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten sowie Großforschungseinrichtungen (Helmholtz-Gemeinschaft) und eine überdurchschnittliche Ausstattung mit Blaue-Liste-Instituten (Leibniz-Gemeinschaft) erreicht wurde. Anhaltende Unterversorgung besteht indes bis heute bei industriellen bzw. industrienahen Forschungspotenzialen.

⁸⁵ vgl. Roland Bloch / Peer Pasternack: Forschen jenseits der Strukturen. Die Zweite Wissenschaftskultur, in diesem Heft, S. 56-58

⁸⁶ Peer Pasternack: Transformationsfolgenanalyse. Die Ergebnisse des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus aus der Perspektive des Jahres 2009, in: Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften 1/2010, S. 176-187.

⁸⁷ Helmut Köhler / Manfred Stock: Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR (1949-1989), in diesem Heft, S. 38-40